

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 10 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abnahme bis zum 10. März durch Fernruf übermitteln. Angerufen werden wir keine Garantie. Jeder Abbestellung ist beizufügen, wenn der Bezug durch die Zeitung überlassen werden mag, aber der Auftraggeber in Rechnung stellt. Angerufen werden alle Vermittlungsstellen entgegen.



Angerufen werden die Hauptstellen: Kasse Nr. 20 Goldpfeil, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfeil, die 2 gepaltene Reklametexte im täglichen Teile 100 Goldpfeil. Rechnungsgeld für 20 Goldpfeil. Angerufen werden auch die Hauptstellen: Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abnahme bis zum 10. März durch Fernruf übermitteln. Angerufen werden wir keine Garantie. Jeder Abbestellung ist beizufügen, wenn der Bezug durch die Zeitung überlassen werden mag, aber der Auftraggeber in Rechnung stellt. Angerufen werden alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Thorandt, Finanzamt Rositz.

Nr. 34. — 86. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Donnerstag den 10. Februar 1927.

Nachung an Polen.

Die deutsche Regierung hat von sich aus in auffallend scharfer Form auf die Unmöglichkeit hingewiesen, die darin liegt, daß wir Deutsche seit langen, langen Monaten mit Polen in Handelsvertragsverhandlungen stehen, dieses Land aber fortjährt, leitende deutsche Beamte aus dem ostberücksichtigten Industriegebiet auszuweisen. Angekündigt, weil sie Reichsdeutsche seien und ihre Stellen für polnische Staatsangehörige frei gemacht werden sollen. Und noch ein gut Teil ungläubiger Klingel, wenn die Berliner polnische Gesandtschaft sagt, die Ausweisungen der Deutschen lägen gar nicht im Sinne der Warschauer Regierung, sie erfolgten allein auf Veranlassung der ostberücksichtigten Industrie, die das alles mit dem dortigen neuen Politikon vereinbart habe. Trotzdem betrachte man die Aufrechterhaltung der Ausweisungen jetzt als Freigeige, da die deutsche Regierung die Rückgängigmachung fordere.

Auch ein Grund! Bei den viele Monate schon währenden Handelsvertragsverhandlungen dreht sich der Kampf nicht etwa um zolltarifrische Punkte, sondern, wie auch die deutsche Regierungserklärung herbeizieht, weit mehr noch um die Frage des Niederlassungsrechtes deutscher Handels- und Gewerbebetreibender in Polen. Wenn diese Leute einfach eines schönen Tages aus Polen wieder hinausbesördert werden können, so ist das ein ganz unmöglicher Zustand, dem von vornherein ein Riegel durch vertragsmäßige Abmachungen vorgezogen werden muß. Gerade nach den Erfahrungen, die wir in zahllosen Fällen durch die Ausweisungen — und nicht bloß aus Ostberücksichtigten! — erlebt haben. Sehr scharf sagt die deutsche Erklärung: „Es widerspricht jedem Rechtsempfinden, wenn Ausweisungen, die die Betroffenen jeder Existenz berauben, ohne gesetzlichen Grund und lediglich aus nationalpolitischen Rücksichten erfolgen.“

Die neuesten Fälle — so betont gleichfalls die deutsche Regierung — bedeuten nur ein Glied in der langen Kette anderer Fälle. Man will eben mit allen Mitteln deutsche Unternehmungen in Polen vernichten und wir wissen ja auch allzu genau, daß an dieser Vernichtungspolitik allerhand sonstige Ausländer beteiligt sind, die in der polnischen Industrie einen immer größeren Einfluß gewinnen. Daher spricht die Regierungserklärung von einer „ernsten Krise“, in der sich die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen befinden, weil auf ihnen alle diese Schlitzen, Ausweisungen, die Ablehnung jedes Entgegenkommens allzu stark lasten. Die Verhandlungen stehen auf dem toten Punkt und das ganz besonders in der Frage des Niederlassungsrechtes Deutscher in Polen, und man kann das Verhalten der polnischen Behörden überhaupt kaum anders denken, als daß man polnischerseits die Niederlassungsverhandlungen nicht mehr ernst nimmt. Traudwische deutschen Vorstellungen nützen gar nichts.

Und schon jetzt erklärt die Berliner polnische Gesandtschaft, man werde die Einwanderung kleiner Gewerbetreibender, Handwerker und Arbeiter aus Deutschland nach Polen unbedingt verhindern, um „die Arbeitslosigkeit nicht noch zu vermehren“. Welchen Vorn hat Polen erhoben, welche Drohungen ausgesprochen, als die polnischen Arbeiterschaften für uns in der Zeit schwerster Arbeitslosigkeit eine brüderliche Last darstellten, deren wir uns wenigstens zum Teil entledigen wollten! Wir sind nicht die Besiegten in dem deutsch-polnischen Handelskrieg, der jetzt schon zwei Jahre währt, und die unverhoffte Unterstützung, die der englische Bergarbeiterstreik der polnischen Wirtschaft brachte, ist auch hart am Versiegen; aus Frankreich wandern jetzt die Scharen der polnischen Arbeiter zurück, die dort Lohn und Brot suchen mußten infolge des vom Raum gebrochenen polnischen Volkstums mit Deutschland. Haben wir doch während des englischen Streiks einen großen Teil der polnischen Ausfuhrkohlen auf deutschen Bahnen sogar zu Vorzugstarif nach Steintin und Hamburg transportiert — und die Verheißung des polnischen Wiederkommens ist die Antwort! Die deutsche Regierungserklärung wird nun dem polnischen Übermut gerade wegen ihrer erfrischenden Deutlichkeit einen gebihrlichen Dämpfer aufsetzen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Bei einer Aussprache im polnischen Parlament über den Haushalt des Handels- und Industrieministeriums nahm auch Handelsminister Swiatkowski zu längeren Ausführungen das Wort, wobei er auch auf die Frage des Abchlusses eines deutsch-polnischen Handelsvertrages zu sprechen kam. Der Minister gab der Meinung Ausdruck, daß der Zollkrieg die polnische Produktion nicht erschütterte hätte. Zu Beginn des Zollkrieges, so fuhr der Minister fort, haben wir die Reglementierung streng durchzuführen müssen. Da aber jetzt in Polen mehr gelautet wird als früher, so kann die Einfuhr gesteigert werden. Die polnische Situation ist klar: Wir nehmen keinen Handelsvertrag an, bei dem nicht der Grundsatz des Gleichgewichtes der Zugeständnisse und unsere grundsätzlichen Forderungen berücksichtigt werden, da sich ja sonst unsere Handels- und Finanzlage schlechter darstellen würde als jetzt in der Ara des Zollkrieges. Wir sind bereit, jederzeit den Zollkrieg zu beendigen, niemals aber werden wir uns zu einer Raffenrechnung verstehen.

Hoersch bei Briand.

Ein offizielles deutsches Kommuniqué.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 9. Februar. Minister Briand empfing heute den deutschen Botschafter von Hoersch. Über den Gegenstand der Unterredung wird von französischer Seite keine Mitteilung gemacht, während von deutscher zuständiger Stelle folgendes offizielles Kommuniqué ausgegeben wird:

„Der deutsche Botschafter, Herr von Hoersch, der gestern nachmittag von Berlin nach Paris zurückgekehrt ist, hatte heute abend eine einständige Unterredung mit dem französischen Außenminister, Herrn Briand. Auf Grund der Unterredung, die der deutsche Botschafter in Berlin mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann gehabt hat, besprach er mit Herrn Briand die verschiedenen Fragen, die Deutschland und Frankreich zur Zeit beschäftigen. Dabei wurde u. a. der Abschluß der Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands und die weitere Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen berührt.“

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union zu der Unterredung Hoersch mit Briand erzählt, hat diese etwa eine Stunde gedauert und allen Problemen gegolten, die zwischen Frankreich und Deutschland in den nächsten Wochen behandelt werden sollen. Man geht kaum fehl, doch neben den in dem deutschen Kommuniqué erwähnten Fragen auch das Problem der Rheinlandräumung eingehend erörtert wurde und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann in Betracht gezogen worden ist. Auch die bevorstehende Senfer Ratstagung und die auch hier zur Behandlung stehenden Gegenstände sind allem Anschein nach gestreift worden. So kommt denn dieser ersten politischen Aussprache Hoersch mit Briand noch die Bildung der neuen Regierung besondere Bedeutung zu, da in den deutsch-französischen Beziehungen seit Abschluß der Entwaffnungsverhandlungen der Weg für die Lösung der weiteren Deutschland so sehr am Herzen liegenden Probleme eröffnet ist.

Lissabon in Aufruhr.

Entsendung englischer Kriegsschiffe nach Portugal.

Die Revolution in Portugal nimmt einen immer größeren Umfang an. Sie richtet sich vor allem gegen die vom General Carmona seit etwa einem halben Jahre errichtete Diktatur. Das Programm der Revolutionäre erstreckt sich auf die Rückkehr zur Verfassung mit einigen Reformen des Wahlmodus und eine Stärkung der Stellung des Staatspräsidenten.

Angesichts der bestehenden streng durchgeführten Zensur ist es außerordentlich schwierig, sich ein klares Bild über die Lage in Portugal zu machen. Aus von den Grenzstationen abgegangenen Telegrammen scheint sich zu ergeben, daß die Regierung in Oporto den Aufstand niedergeschlagen hat, wenn auch noch hier und da in der Stadt kleine Geseche zwischen Regierungstruppen und Revolutionären stattfinden. Bei den Kämpfen sind bisher 200 Personen getötet worden.

Etwas schwieriger scheint die Lage für den Diktator in der Hauptstadt Lissabon zu sein, wo die Rebellen rapide Fortschritte machen sollen. Die Aufständischen haben mehrere strategisch wichtigen Punkte in der Hauptstadt besetzt und ihre Stellungen befestigt. Sie sollen dauernd Bezug aus der Zivilbevölkerung erhalten. Außerdem ist in Lissabon der Generalstreik ausgebrochen. Die englische Regierung hat angesichts der Lage sowohl nach Lissabon wie nach Oporto zum Schutze des Lebens und Eigentums der britischen Bürger Kriegsschiffe entsandt, und zwar wurden der Kreuzer „Comos“ sowie die Zerstörer „Windsor“ und „Westminster“ aus Malta nach Portugal beordert. — Ein Vorschlag des Konsuls von Uruguay, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen, wurde von der Regierung zurückgewiesen.

Abreise des amerikanischen Gesandten aus Lissabon.

Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald“ ist im Staatsdepartement die Nachricht eingegangen, daß der amerikanische Gesandte in Portugal die Gesandtschaft in Lissabon verlassen habe.

Reudell-Debatte am Freitag.

Die Regierungsparteien für den Reichsinnenminister.

Die kommunistische Interpellation über die Angelegenheit des Reichsministers des Innern, Dr. von Reudell, und das kommunistische Mißtrauensvotum gegen diesen Minister nach einem Beschluß des Reichstages am Freitag zur Debatte gestellt werden, vorausgesetzt, daß Reichstanzler Dr. Marx dann in der Lage sein wird, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Marx hat sich inzwischen eingehend mit dem ihm unterbreiteten Material über die fraglichen Vorgänge beschäftigt. Dieses Material soll noch ergänzt und nach allen Richtungen hin gesichtet werden. Im Anschluß an die Erklärung des Reichstanzlers soll eine Aussprache über die ganze Angelegenheit stattfinden. In den Kreisen der Regierungsparteien ist man bereits so weit über das Ergebnis der Abklärung unterrichtet, daß kein Zweifel an dem negativen Ausgang der Unterredung mehr geheut wird.

Der preussische Ministerpräsident Braun läßt durch den Amtlichen Preussischen Pressediens erklären, daß die in der Öffentlichkeit aufgetauchte Nachricht, wonach das preussische Staatsministerium dem Reichstagsabgeordneten Dr. Landsberg für seine Rede über den Reichsminister Dr. von Reudell Material geliefert habe, nicht den Tatsachen entspricht. Das Ministerium habe im Gegenteil dem Abgeordneten nicht das geringste Material zur Verfügung gestellt.

Verweisung der Chinafrage vor den Völkerbund?

Große Arbeiterkundgebung in Süchina.

Der Berichterstatter der „Daily News“ für auswärtige Angelegenheiten schreibt, von einer Seite, welche die Mitteilung als so gut wie zweifellos erscheinen lasse, erfahre er, die britische Regierung werde möglicherweise, ja sogar wahrheitsgemäß, bald bekanntgeben, daß sie in dem Streit mit China von der Völkerbundorganisation Gebrauch machen werde, sobald sich die Gelegenheit dazu bieten sollte.

Einer aus Hankau eingetroffenen Meldung der „Times“ zufolge wurde in Hankau umweit Hankau eine Arbeiterkundgebung veranstaltet, an der 80.000 Arbeiter delegierte teilnahmen. Es waren fünf Rednertribünen errichtet. An der Haupttribüne hingen Photographien von Sunjatsen, Karl Marx, Lenin und den von der Nordregierung im Februar 1923 hingerichteten Wirtschändlichen. Die Versammlung begann damit, daß der

Führer die Anwesenden aufforderte, sich dreimal vor den Photographien zum Zeichen der Huldigung zu verneigen. Hierauf sprach er der Versammlung vierzehn Leisage vor, die die Versammelten wiederholten. Die Leisage enthielten u. a. eine Lobpreisung der Vorkämpfer, eine Verurteilung der „Imperialisten“, die Forderung einer Aufrechterhaltung der Vorrechte der Arbeiter und das Verlangen nach Zusammenarbeit mit Sowjetrußland.

Dr. Stresemann in San Remo.

Ein „falscher Stresemann“ in Nizza.

Trotzdem der deutsche Reichsaußenminister gewünscht hatte, daß der Ort seines Erholungsaufenthalts geheimgehalten werden sollte, wird jetzt bekannt, daß er am Mittwoch in San Remo angekommen ist. Zu seinem Empfang waren der deutsche Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, und der deutsche Konsul in San Remo, Geibel, auf dem Bahnhof erschienen. Dr. Stresemann wurde nach seiner Ankunft von einer größeren Menge begrüßt.

Aus Nizza wird die Ankunft eines „falschen Stresemann“ berichtet, eines Bankiers Braun aus Berlin, der genau so aussehen soll wie der Reichsminister. Das „Journal“ erzählt, daß Herr Braun von Reportern um Interviews gebeten worden sei und daß er trotz seiner Erklärung, es liege eine Verwechslung vor, von manchen Leuten noch immer für den infolge reisenden Minister des Äußeren gehalten wird.

Gegen Erhöhung der Fernspreckgebühren.

Vorschläge zu einer Gebührentreform.

Der Außenhandelsverband hat an den Reichstag und an den Verwaltungsrat beim Reichspostministerium eine dringende Eingabe gerichtet, in der er sich mit der gegenwärtig wieder sehr akuten Frage der Gesprächsgebühren für Ferngespräche beschäftigt. In der Eingabe wird gefordert, daß die kleinen Ortsgespräche entsprechend erweitert und so rasch wie möglich mit Selbstanschlußleitungen versehen werden sollen. Auf Vororts- und Bezirksgesprächsgebühren soll verzichtet werden. Ferner wird gefordert, eine einheitliche Pauschalgebühr von 10 Mark monatlich für jeden Hauptanschluß und von 6,50 Mark monatlich für jeden Nebenanschluß zu erheben, die Gebühren für Ferngespräche wesentlich zu vereinfachen und auf eine durchschnittliche Gebühr von 1,20 Mark je Ferngespräch zu ermäßigen.

Weiter wird in dem Antrag ausführlich auseinandergesetzt, daß eine derartige einfache Organisierung des